

## KURZ UND PRÄGNANT

### Situation von Saison-Arbeitskräften

Nach dem schweren Arbeitsunfall auf dem Erdbeerhof in Gebeesee stellt sich für die Sprecherin für Landwirtschaftspolitik der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright, die Frage, wie bei Saisonarbeitskräften die gesetzlich vorgeschriebenen Rechte und Bedingungen eingehalten werden. Offenbar sei die Situation in der Praxis nicht immer so, wie sie nach den Vorschriften sein müsse. Die Berichte von einzelnen Arbeiterinnen bei der Gewerkschaft IG BAU zeigten auch, dass viele Saisonarbeitskräfte bei Problemen völlig allein gelassen werden. Das fremde Land, die Sprachschwierigkeiten, die Isolation erschwerten es, Austausch und Hilfe zu finden, wenn es mit Arbeitgebern zu Unstimmigkeiten kommt oder Arbeits- und Unterbringungsbedingungen schlecht sind. „Daher muss auf Landesebene eine Hotline eingerichtet und die Information darüber den Saisonarbeitskräften gleich bei der Aushändigung der Arbeiterlaubnis in mehreren Sprachen bereit gestellt werden. So kann bei Problemen gleich an der richtigen Stelle angerufen werden“, so die Abgeordnete. ■

### Unwirtschaftliche ÖPP-Bauprojekte

Nach einem Prüfbericht des Bundesrechnungshofs sind die ÖPP-Projekte des Bundes im Straßenbau unwirtschaftlich. MdL Dr. Gudrun Lukin verlangt Konsequenzen auch für die Thüringer Projekte. Für die Feststellung, dass ÖPP-Projekte teure Mogelpackungen seien und meist an den Haushalten vorbeifinanziert würden, gebe es seit längerem Warnzeichen auch in Thüringen. So teile die LINKE die Auffassung des Thüringer Rechnungshofs, dass bei den ÖPP-Straßenbauprojekten im Saale-Holzland-Kreis geschönte Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgelegt würden. Hinzu komme, dass derzeit die von Privaten bei ÖPP-Projekten zu zahlenden Fremdkapitalzinsen um bis zu vier Prozent über den Zinsen lägen, die die öffentliche Hand zahlen müsse. „Die Personaleinsparungen bei den Thüringer Straßenbauämtern führten unterm Strich zu erheblichen Mehrkosten. Die Vergabe von Autobahnprojekten an die DEGES war unwirtschaftlich.“ Auch der privatisierte Winterdienst bei der TSI komme inzwischen dem Thüringer Steuerzahler viel teurer zu stehen, als die staatliche Ausführung. DIE LINKE fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler und will das Thema im Verkehrsausschuss des Landtags thematisieren. ■

# Teilhabe stärken - SOZIAL ist kein Sparmodell!

Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Linksfraktion, zum 6. Sozialgipfel

**SOZIAL ist kein Sparmodell! - Sozialwirtschaft fördern. Gerechtigkeit leben. Teilhabe stärken“, unter diesem Motto fand am 18. Juni der 6. Thüringer Sozialgipfel im Landtag in Erfurt statt. Die Initiatoren des Sozialgipfels, Thüringer Sozialverbände, wollten auf den vielfachen und dringenden Handlungsbedarf in der Sozialpolitik und im Bereich der Sozialwirtschaft aufmerksam machen und die Kräfte für ein soziales Thüringen stärken.**

Gerade die Themen Inklusion, Teilhabechancen und Zukunft der sozialen Infrastruktur sind es, die die Zivilgesellschaft und Politik vor große Herausforderungen und wichtige Entscheidungen stellen. Dabei geht es in erster Linie um Menschen und ihre Lebensverhältnisse. Trotz einzelner Reformschritte und Fortschritte im Sozialbereich stehen die Zeichen auch in Thüringen auf Schrumpfung der öffentlichen Ausgaben. Davon besonders betroffen sind die Ausgaben für Sozialpolitik und damit insbesondere die Tätigkeitsfelder der Zivilgesellschaft.

Notwendig sind jedoch gerade die Investitionen in den sozialen Kernbereichen, wie Inklusion, Bildung und Teilhabe, Pflege sowie die Vermeidung von Armut. So war der 6. Thüringer Sozialgipfel auch ein Gang durch die sozialpolitischen Baustellen in Thüringen und die sich daraus ergebenden Herausforderungen. Für den SoVD Thüringen (Sozialverband Deutschland e.V.) konnte ich mich in die Diskussion einbringen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten

des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ging es mir vor allem um die Frage, ob wir in Thüringen beim Abbau von Barrieren in den Köpfen hinsichtlich der uneingeschränkten Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen vorangekommen sind. Ich habe die These aufgestellt, dass die gesamtgesellschaftliche Bedeutung einer inklusiven Gesellschaft und notwendiger Verän-



derungen gesellschaftlicher Strukturen und Rahmenbedingungen, um echte Teilhabe und Chancengleichheit zu ermöglichen, von der übergroßen Mehrheit der Menschen im Freistaat nicht erkannt wird. Das betrifft meiner Meinung nach Menschen aller Schichten, Politikerinnen und Politiker eingeschlossen, ja, Menschen mit Behinderungen in vielen Fällen auch.

Auch deshalb sind sozialpolitische Ausgaben trotz UN-Konvention von Streichungen betroffen. Nach allem, was ich seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention und de-

ren begonnener Umsetzung in Thüringen erlebt habe, kann ich nur die Notwendigkeit bewussteinbildender Arbeit doppelt unterstreichen. Sie ist meines Erachtens Voraussetzung dafür, dass die gesellschaftliche Anerkennung der Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen als Menschenrechte erfolgen kann.

Nach wie vor ist das vorherrschende Erscheinungsbild in der Behindertenpolitik, dass Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft „eingegliedert“, d.h. integriert werden sollen. Die Gesellschaft billigt ihnen die Realisierung ihrer Rechte mehr oder weniger im Zusammenhang mit der Entwicklung anderer gesellschaftlicher Bereiche zu. Natürlich sind die finanziellen Ressourcen einer jeden Gesellschaft begrenzt. Deshalb ist die gesellschaftliche Einsicht, was den notwendigen Einsatz dieser Mittel betrifft, besonders entscheidend. Der Abbau von Barrieren und das Verhindern neuer müssen zu einem gesamtgesellschaftlichen Anliegen werden.

Um unsere Vision von einer inklusiven Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf es als wesentliche Voraussetzung eines gesamtgesellschaftlichen Umdenkens. Deshalb sind unsere Erwartungen an die Novellierung der Eingliederungshilfe und die damit verbundene Erarbeitung eines Bundesteilhabegesetzes berechtigt sehr hoch. Inklusion muss endlich in den Kommunen ankommen und durch Aktionspläne umgesetzt werden.

Foto: Kirsten Seyforth

## „Budget für Arbeit“ - eine Alternative für Schwerbehinderte

Eine zentrale Forderung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist die Teilhabe am Arbeitsleben. Auch in Thüringen werden viele Menschen mit Behinderungen bzw. chronischen Erkrankungen strukturell diskriminiert und durch bestehende Barrieren an der Teilhabe am Arbeitsleben gehindert. Sie bedürfen für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt aber einer besonderen Unterstützung. Deshalb hatte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 17. Juni erneut das „Budget für Arbeit“ im Rahmen eines Fachgesprächs thematisiert und mit Verantwortlichen von Sozialämtern, Trägern, kommunalen Behindertenbeauftragten und Wohlfahrtsverbänden darüber diskutiert.

Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Fraktion, machte in seiner Begrüßung deutlich, dass das „Budget für Arbeit“ durchaus eine Alternative für die derzeit 6561 arbeitslosen Schwerbehinderten sein könnte. Die Referentin des Fachgesprächs Bar-

bara Vieweg, Projektkoordinatorin ISL Deutschland e.V., berichtete über die Voraussetzungen, den Handlungsbedarf und die Hürden für die Einführung des „Budgets für Arbeit“ in Thüringen. Dabei erläuterte sie die positiven Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz, wo das Budget als Instrument gesehen wird, das mittels der Eingliederungshilfe (nach dem SGB XII) zur Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt eingesetzt wird.

In der Diskussion mit den Gästen des Fachgesprächs zeigte sich, dass das „Budget für Arbeit“ für Menschen mit Behinderung, die nicht dauerhaft erwerbsgemindert sind, in Thüringen gewollt ist. Aber auch für Menschen mit Behinderung, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung oder Krankheit nicht mehr als drei Stunden täglich arbeiten



können, müssen Lösungen gefunden werden. Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, versicherte am Ende des Fachgesprächs als Ausblick für die nächste Legislatur, dass die Forderung nach einem Modellprojekt „Budget für Arbeit“ in Thüringen an erster Stelle steht. Dafür muss es ein Landesprogramm geben, die Arbeitgeber und Sozialämter müssen sensibilisiert sowie das Thema noch besser in der Öffentlichkeit begleitet werden. Cordula Eger